



Landeshauptstadt München, BA-Geschäftsstelle Nord
Hanauer Str. 1, 80992 München

Mitglieder und Gäste
des Bezirksausschusses 9
Neuhausen – Nymphenburg

Vorsitzende
Leonie Lobinger

E-Mail: vorsitz@ba09.de

Geschäftsstelle:
Hanauer Str. 1
80992 München
Telefon: 233-28022
E-Mail: BA9@muenchen.de

Protokoll

zur Sitzung des Bezirksausschusses 9
am 18. November 2025 ab 19:00 Uhr
im Kultur im Trafo / Saal,
Nymphenburger Str. 171 a, 80634 München

- 1. Feststellung über die form- und fristgerechte Ladung, Beschluss über die TO, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
 - 1.1 Anwesenheit gem. Anwesenheitsliste. Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Die Sitzung findet (für BA-Mitglieder und Presse) als Hybrid-Sitzung statt.
 - 1.2 Beschluss über die Tagesordnungen
Den Tagesordnungen (in der Version der hiesigen öffentlichen Tischvorlage sowie in der Version der nicht-öffentlichen Tischvorlage) zur BA-Sitzung am 18.11.2025 wird ohne weitere Nachträge jeweils **einstimmig zugestimmt**.
 - 1.3 Zu TOP 3.6.3 wird ein Dringlichkeitsantrag zum Thema „Tram-Halt Donnersbergerbrücke: Verkehrssicherheit nachhaltig sichern“ der Tagesordnung hinzugefügt.
Zustimmung, einstimmig
 - 1.4 Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzung am 21.10.2025
Zustimmung, einstimmig

2.1 Anliegen von Bürger*innen

1. Vertreter*innen der Initiative „Mädchen an den Ball“ äußern im Plenum ihren Unmut über die unerwartete Kündigung des FT Gern und betonen, dass eine Lösung gefunden werden muss, da die betroffenen Mädchen weiterhin spielen wollen. Die Initiative möchte den Mädchen im Alter von 6 bis 13 Jahren, die in Gern und Oberwiesenfeld leben, eine Chance geben, aktiv am Sport teilzunehmen. Sie danken für die vergangenen Förderungen des BA und weisen auf eine Studie hin, die zeigt, dass 85 Prozent der Mädchen sich zu wenig bewegen.

Die Situation hat sich durch die Kündigung des Fußballteams in Gern verschärft, was sie nicht nachvollziehen können. Die Initiative kooperiert mit dem DFB, der Sporthochschule Köln sowie der Frauenmannschaft des FC Bayern München. Es wird berichtet, dass 80 Prozent der Mädchen durch diese Initiative in die verschiedenen Sportvereine integriert werden. In Moosach existieren bereits drei Standorte. In naher Zukunft wird möglicherweise auch ein vierter Standort realisiert. In Neuhausen bestehen nun durch die Kündigung keine entsprechenden Angebote. Die Vertreter*innen fordern, dass zwei weitere Standorte in Neuhausen eingerichtet werden, da ab Oktober keine Halle mehr zur Verfügung steht. Im Winter soll ein Mädchentreff angeboten werden. Allerdings wird betont, dass die Angebote in Neuhausen insgesamt sehr gering sind. In Nymphenburg existiert derzeit kein Standort. Hierzu wurden bereits Verhandlungen mit einem möglichen Standort aufgenommen.

Frau Lobinger bezieht Stellung und drückt ihr Bedauern aus. Sie hebt hervor, dass es seitens des Bezirksausschusses in der Vergangenheit oftmals Unterstützung in jeglicher Art gegeben hat.

2. Eine weitere Bürgerin spricht vor und schildert die Verkehrssituation in der Margarethe-Danzy-Straße. Sie bedankt sich bei Herrn Lipkowitsch für den Ortstermin und betont, dass Abhilfe geschaffen werden muss, insbesondere wegen der Lärmbelästigung in der Nacht. Sie weist darauf hin, dass die Straße täglich durch Lieferdienste, Elterntaxis und Schulbusverkehr genutzt wird, was zu erheblichem Verkehrslärm führt. Zudem kritisiert sie die Verdichtung der Nutzung in der Umgebung und berichtet von Geschwindigkeitsüberschreitungen, die eher die Regel als die Ausnahme sind. Die Bürgerin macht darauf aufmerksam, dass auch eine Förderschule eröffnet wurde, was zusätzlich zu den Verkehrsproblemen beiträgt. Sie erwähnt, dass Parkplätze für mindestens 20 Busse fehlen, was die Situation weiter verschärft. Sie fordert Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation und zur Schaffung von Parkmöglichkeiten. Die Themen Ganztags- und Ferienbetreuung sind eine wichtige politische Entscheidung, die es zu fördern gilt. Allerdings geschieht dies oft unter dem Leidwesen des erhöhten Verkehrsaufkommens und der permanenten Verkehrsbelastung in den betroffenen Gebieten. Als größtes Problem wird jedoch die Nutzungsänderung einer anliegenden Gaststätte gesehen, die einen Nachtbetrieb von 23:00 Uhr bis 03:00 Uhr morgens vorsieht. Die Nachtruhe ist durch unzumutbaren Lärm, insbesondere von Posern, nicht mehr gegeben. Zusätzlich kommt es ständig zu Geschwindigkeitsüberschreitungen, die den Lärm weiter verursachen. Die Anwohner befinden sich hier in einem Wohnviertel, und die Probleme beginnen bereits mit der Baustelle der 2. Stammstrecke. Dies wird durch den Schulbetrieb und den Sportbetrieb ergänzt, was zu einer ständigen Störung der Nachtruhe führt. Die Bürger finden keine Ruhe mehr, und es ist dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensqualität in diesem Viertel zu schützen. Daher wurden seitens der Bürgerin drei Lösungen präsentiert.

1. Die Installation einer festen Blitzeranlage könnte dazu beitragen, Geschwindigkeitsüberschreitungen zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.
2. Eine verstärkte Präsenz der Polizei und regelmäßige Verkehrsüberwachungen könnten helfen, die Verkehrssituation zu kontrollieren und die Lärmbelästigung zu verringern.
3. Es sollte geprüft werden, bestehende Nutzungen von Gaststätten oder anderen Einrichtungen zurückzufahren und keine neuen, potenziell störenden Nutzungen zuzulassen, um die Lebensqualität der Anwohner zu schützen.

Herr Lipkowitsch bedankt sich für die Schilderung der Situation und den Ortstermin. Er weist darauf hin, dass die Vorschläge der Bürgerin bezüglich der Straßenverkehrsordnung (StVO) und des Mobilitätsreferats (MOR) befolgt werden müssen. Er erklärt, dass stationäre Blitzer vom Freistaat bereitgestellt werden können, jedoch in diesem speziellen Fall nicht installiert werden, da keine akute Gefahrensituation vorliegt. Lipkowitsch fügt hinzu, dass mobile Blitzer in einem bestimmten Turnus angebracht werden können, jedoch nicht dauerhaft. Herr Lipkowitsch weist außerdem darauf hin, dass die Straße nicht beschränkt werden kann, da alle Anlieger betroffen sind und es keine Gruppenbeschränkung gibt. Frau Piesczek referiert über das vergangene Planfeststellungsverfahren der 2. Stammstrecke und erwähnt, dass dies bereits ausgelegt wurde. Sie erklärt, dass in festen Schulbetriebszeiten keine Bauzeiten festgelegt wurden. Sie thematisiert das Problem mit den Autoposern in der Nacht, die in der Regel nicht schnell fahren, sondern lediglich Gas geben. Die Polizei kann dabei nur den Auspuff überprüfen. Zudem verweist sie darauf, dass der Bebauungsplan keine entsprechende Nutzung vorsieht. Frau Piesczek berichtet, dass auf Grundlage des Lärmschutzgutachtens Einspruch gegen die Nutzungsänderung erhoben wurde. Hierbei gilt zu beachten, dass lediglich Lärm untersucht wurde, welcher im Gebäude entsteht und nach außen tritt. Sie schlägt vor, beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung nachzufragen, inwieweit eine hohe Anzahl von Personen bei nächtlichen Störungen im Lärmschutzgutachten bewertet wurde. Wenn dies dem Betrieb zugehörig sei, sollte es als Anlagenwert bewertet werden.

3. Eine Bürgerin aus Neuhausen-Nymphenburg trägt im Plenum sein Anliegen vor und thematisiert die Situation in der Guntherstraße im Hirschgartenviertel. Sie weist auf die Urbanisierung durch Verdichtung hin und erwähnt, dass täglich etwa 20.000 Autos durch das Wohngebiet fahren. Ihrer Meinung nach ist die Guntherstraße überlastet, was eine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Sie fragt, welche Zukunft es für das Viertel gibt, und berichtet, dass sie seit 40 Jahren dort wohnhaft ist. Zudem merkt sie an, dass die Romanstraße mehr Verkehr bieten könnte. Die Bürgerin bittet darum, zu erfahren, was noch unternommen werden kann, um die Situation zu verbessern und die Sicherheit im Viertel zu erhöhen. Die Situation ist dem BA bereits bekannt. In den vergangenen Sitzungen gab es bereits vermehrt Anliegen zu diesem Thema.

Herr Züchner bestätigt das enorme Verkehrsaufkommen am genannten Standort, führt jedoch auf, dass die bereits ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen und der Verkehr eher zurückgeht. Er erwähnt, dass sein Vorschlag aus der vergangenen Sitzung bereits positiv zur Verkehrsentslastung beigetragen hat und die vorherige Routenplanung nicht mehr über Google Maps verfügbar ist. Herr Züchner beschreibt die schwierige Situation und informiert darüber, dass die Guntherstraße als Fahrradstraße ausgewiesen werden soll, was den Fußgängern helfen wird, die bisher kaum Platz hatten, insbesondere mit dem aktuellen Radweg. Züchner ist optimistisch und behauptet, dass sich die Situation bis Ende des Jahres entschleunigen wird.

Frau Mühlhäuser betont, dass es die technischen Möglichkeiten gibt, um die Situation zu verbessern. Sie weist darauf hin, dass am Montag auch ein Antrag in der Bürgerversammlung gestellt werden kann. Sie empfiehlt, gerne auch vorab die Bürger*innensprechstunde wahrzunehmen und das Mobilitätsreferat direkt anzusprechen.

4. Ein Bürger aus dem Stadtbezirk berichtet über ein Anliegen die Blumenburgstraße betreffend. Diese wird als Abkürzung zwischen der Nymphenburger Straße und der Ecke Landshuter Allee genutzt. Er hebt hervor, dass es dort häufig zu hohen Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt, was die Wohnqualität beeinträchtigt und die Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger gefährdet. Der Bürger weist darauf hin, dass die Zufahrt zur Nymphenburger Straße nur von der Landshuter Allee aus möglich ist, was die Verkehrssituation weiter verkompliziert.

Herr Lipkowitsch äußert, dass das Thema bereits seit 20 Jahren besteht und es sich hierbei um eine langanhaltende Diskussion handelt. Er bedauert, dass die Straße zu breit ist, um in eine Einbahnstraße umgewandelt zu werden. Das Mobilitätsreferat sei dagegen, und obwohl die Straße schneller befahren werden kann, gibt es im Moment kein Geld dafür. Zudem sei der politische Wille ist nicht ausreichend ausgeprägt.

Frau Mühlhäuser kennt die Problematik und weist darauf hin, dass dieses Thema in der Vergangenheit bereits häufig diskutiert wurde.

Sie ist sich der Herausforderungen bewusst, sieht jedoch die Notwendigkeit, das Thema immer wieder aufzugreifen, um Druck auszuüben und Veränderungen zu bewirken.

5. Ein weiterer Bürger spricht vor und thematisiert ein Verkehrsanliegen in der Blumenburgstraße, Nymphenburger Straße. Er weist darauf hin, dass es mittlerweile Neubaupläne bzgl. eines Bauvorhabens in der Nymphenburger Straße gibt, die den gesamten Fahrzeugverkehr aus den Tiefgaragen der Wohnungen an der Nymphenburger Straße über die Blumenburgstraße leiten sollen. Er hat bereits mit der Lokalbaukommission Kontakt aufgenommen. Aus seiner Sicht sind die Abstandsflächen, welche geändert wurden, problematisch. Der Bürger äußert seine Bedenken, dass der Verkehr durch das Bauvorhaben an der Nymphenburger Straße zunehmen wird, was die Situation in der Blumenburgstraße weiter verschärfen könnte. Er fordert eine Überprüfung dieser Pläne und die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der Gegend.

Frau Piesczek erklärt, dass sich die Situation sicherlich verändern wird. Sie weist darauf hin, dass der Lieferverkehr über die Nymphenburger Straße nicht nur mittels Lkws, sondern auch mittels Pkws erfolgt. Das Bauarbeiten werden frühestens Ende nächsten Jahres beginnen, weshalb man sich bisher nicht tiefergehend mit dem Thema beschäftigte. Der BA wird mit der Lokalbaukommission Rücksprache halten und ein Verkehrskonzept anfordern.

6. Eine Bürgerin aus Neuhausen-Nymphenburg berichtet über die bestehende „Rechts vor Links“-Regelung an der Dall'Armi-Straße Ecke Nederlinger Straße, welche für die Verkehrsteilnehmer*innen jedoch nicht ersichtlich ist. Sie verweist auf sechs Unfälle in den letzten drei Jahren, darunter einen, bei dem ein Auto einen Totalschaden erlitt. Ein Taxifahrer hatte die Regelung übersehen und wurde durch den Aufprall mit einem VW-Bus in die Autos der Anwohner geschleudert. Sie hebt hervor, dass sich in der Umgebung dieser Kreuzung zahlreiche Schulen befinden, darunter das Nymphenburger Gymnasium sowie mehrere Grundschulen. Viele Kinder sind zu den Stoßzeiten unterwegs. Da in diesem Gebiet viele Familien mit Kindern wohnen, sieht sie die Situation als sehr brisant und fordert dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Aktuell wird der hintere Teil der Nederlinger Straße mit Beeten für Baumbepflanzung begrünt. Allein eine Begrünung und damit eine Verengung unserer Kreuzung wäre sicherlich schon sehr hilfreich, um den Verkehr zu entschleunigen.

Herr Lipkowitsch äußert, dass die Situation gut nachvollziehbar ist. Er stellt fest, dass die Stadt keine Blumenkübel aufstellt und dass ein Kreisverkehr in der Stadt nicht möglich ist. Er schlägt vor, dass eventuell Kreuzungsnasen als Lösung in Betracht gezogen werden könnten. Herr Lipkowitsch erklärt, dass das Mobilitätsreferat auf solche Ideen mit dem Hinweis antworten wird, dass sie diese umsetzen. Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation kann sich dies jedoch verzögern. Er hofft, dass die Polizei die Situation ebenfalls aufgenommen hat, da es sich möglicherweise um einen Unfallschwerpunkt handelt. Leider war die Polizei jedoch nicht vor Ort, weshalb kein offizieller Unfallschwerpunkt dokumentiert werden konnte, was die Argumentation erschwert. Er bietet an, das Thema weiterzugeben und verweist auch auf die bevorstehende Bürgerversammlung, um die Anliegen der Bürger dort erneut zur Sprache zu bringen.

Frau Dr. Leuchtweis ergänzt, dass es im Stadtteilernbeirat eine Arbeitsgruppe zur Schulwegsicherheit gibt. Sie verweist darauf, dass das Mobilitätsreferat bereits Maßnahmen zur Schulwegsicherheit in Betracht zieht, die nicht viel Geld kosten, wie beispielsweise die Installation von Pollern. Sie betont, dass hier wohl mehr politischer Wille erforderlich ist und dass das Thema auch in der Öffentlichkeit und in der Presse präsent ist. Dr. Leuchtweis schlägt vor, kleinere Maßnahmen zu prüfen und empfiehlt, einen entsprechenden Brief oder Antrag zu verfassen, um die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zu initiieren.

7. Eine weitere Bürgerin aus dem Stadtteil erläutert dem Bezirksausschuss zwei Anliegen:

1. Der öffentliche Raum rund um den Laimer S-Bahnhof, einschließlich des Fußgängerdurchgangs in der Unterführung, des Fahrradwegs, der Fahrradstandplätze und der Treppen zu den Gleisen, sollte wöchentlich gereinigt werden. Seit dem Beginn des Ausbaus der Tram-Westtangente hat der Laimer S-Bahnhof eine zentrale Rolle als einer der Hauptverkehrsknotenpunkte übernommen, was zu einem signifikant höheren Menschaufkommen führt. Die erhöhte Belastung für die Bürgerinnen und Bürger durch Schmutz, Lärm und eine verkommene städtische Struktur ist erheblich. Dies verursacht Stress, Ärger und stellt eine Gesundheitsgefährdung aufgrund mangelnder Hygiene dar. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass diese Aspekte, insbesondere während der langwierigen Bauvorhaben, sofort verbessert werden, um die Lebensqualität und die Sicherheit der Anwohner zu gewährleisten.
2. Alle überflüssigen Straßenbarrikaden im Bereich des Romanplatzes, an den neu gebauten Tram-Gleisen an der Wotanstraße hin zur Gaßner-Straße und an der Umleitung zur Hippmannstraße sind zu entfernen. Auch die Holzumzäunungen zum Schutz der Bäume während der Bauarbeiten sind vom Romanplatz zur Wotanstraße in Richtung Laim sowie in der Hirschgartenalle Ecke Wotanstraße zu entfernen. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die entsprechenden Bereiche vollständig zu reinigen und in die Obhut der öffentlichen Nutzung der Bürger*innen zu übergeben.

Herr Lipkowitsch erklärt den Unterschied zwischen einer normalen Baustelle und der aktuellen Situation. Er weist darauf hin, dass es auch sein kann, dass ein Schild zur Baustelle vergessen wurde. Er führt aus, dass die beiden Anliegen an das Baureferat weitergeleitet werden. Er fügt hinzu, dass die Baustelle gemäß den Ausführungen der verkehrsrechtlichen Anordnung bei einer Pause von mindestens zwei Wochen geräumt werden muss.

8. Eine weitere Bürgerin erläutert ein Problem an der Schule am Winthirplatz. Sie erwähnt, dass dort Tag und Nacht Lichter brennen. Sie fragt, warum die Lichter nicht ausgeschaltet werden, da dies Kosten verursacht. Sie fragt auch, ob eine technische Hausverwaltung dort zuständig ist und weist darauf hin, dass sie bereits einmal nachgefragt hat. Die technische Hausverwaltung gab zu verstehen, dass das Licht im Chemieraum brennen muss, aber sie möchte klären, ob es eine Möglichkeit gibt, die anderen Lichter auszuschalten. Sie schlägt vor, ihre Kontaktdaten dazulassen, um weitere Nachfragen zu ermöglichen.

9. Ein Bürger äußert seine Bedenken bezüglich fehlender Bäume oder Grünstreifen mit Sträuchern in der Ginhardtstraße 4 bis 4b auf der rechten Seite. Er schlägt vor, dass gerne einige Parkplätze zugunsten von Bepflanzungen aufgegeben werden sollten. Der Bürger erklärt, dass aufgrund der Ausrichtung nach Süd- bis Westseite die Sonne von früh bis abends ungehindert auf den Fußweg, die Straße und die Fassaden scheint, was im Sommer zu extremen Temperaturen führt und die Umgebung wie einen Backofen erscheinen lässt. Er fordert Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, um Schatten zu schaffen und die Lebensqualität in diesem Bereich zu erhöhen.

Herr Dr. Ott erklärt, dass das Anliegen bereits unter TOP 5.2.2 auf der Tagesordnung steht. Er weist darauf hin, dass aufgrund der finanziellen Situation die Umsetzung schwierig sein könnte. Er erwähnt, dass er selbst in der Nähe wohnt und sich die Situation persönlich ansehen wird. Falls erforderlich, wird er das Anliegen an die Stadt weiterleiten. Sobald eine Antwort vorliegt, wird er diese an die Betroffenen weitergeben.

2.2 Fragen an die Polizeiinspektion

Aus personellen Gründen kann die Polizeiinspektion 42 leider nicht an der Sitzung teilnehmen.

2.3 Berichte der Beauftragten

Frau Rugel berichtet, dass die Altenzentren informiert haben, dass 10 Prozent der Förderungen gestrichen wurden. Diese Kürzungen könnten erhebliche Auswirkungen auf die Angebote und Dienstleistungen der Altenzentren haben.

Herr Schwirz informiert, dass für die Weihnachtsfeier eine Liste zur Verfügung steht, in die sich alle Teilnehmer*innen eintragen sollten. Dabei sollen auch die gewünschten Speisen vermerkt werden, um die Planung zu erleichtern.

3. Unterausschuss für Verkehr

3.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Durchgangsverkehr auf der Dom-Pedro-Straße unattraktiv machen
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01687 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 28.11.2023
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17267

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

2. Entscheidung über Sondernutzungserlaubnis gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 09.04.2018
--> Genehmigung einer Freischankfläche (Frundsbergstraße)

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

3.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Grüne-Fraktion: Antrag - Verbesserung der Radwegsicherheit am Birketweg
- einstimmig beschlossen Zustimmung und Weiterleitung Baureferat Gartenbau
Zustimmung, einstimmig

2. CSU-Fraktion: Antrag - Reduzierung des Schleichverkehrs
- einstimmig beschlossen Zustimmung mit Änderung Begründung + Abdruck an BA 10 Moosach
Zustimmung, einstimmig

3. CSU-Fraktion: Antrag - Parkverbot vor der Brücke in der Zamboninistraße
- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

4. SPD-Fraktion: Antrag - Ausschilderungen an U-Bahnhöfen präzisieren
- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

5. SPD-Fraktion: Antrag - Tageskarte plus - Mehr Mobilität in einem Ticket

- einstimmig beschlossen Vertagung ins Plenum, SPD prüft Rückzug des Antrags bzw. Einbringung im Stadtrat

Frau Mühlhäuser erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurückziehen und versuchen werden, ihn im Stadtrat zu stellen.

Zustimmung einstimmig

6. Grüne-Fraktion: Antrag - Die Miteinander-Haltelinie für den Radverkehr

- einstimmig beschlossen Zustimmung mit Änderung Stadtteilbezug im Antragstext + Einfügung versetzte Ampelschaltung

Zustimmung, einstimmig

7. Grüne-Fraktion: Antrag - Freie Wahl für den Radverkehr, Teil 2

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

8. Bikeletts Volkartstraße 17

- einstimmig beschlossen Schreiben UA Vorsitzenden an Mobilitätsreferat

SgDuH,

der BA9 bittet aus Anlass der Beschwerde der Bürgerin um eine grundsätzliche Behandlung des Themas: Wie sollen an den zahlreichen neu geschaffenen Fahrradstellplätzen in Neuhausen Nymphenburg, die außerhalb des Mittleren Rings liegen, in Zukunft Schrotträder entfernt werden? Gibt es Pläne für eine regelmäßige Kontrolle oder müssen die BürgerInnen jedes aufgegebene Rad einzeln melden? Wird dafür die P+R GmbH zuständig sein?

Zustimmung, einstimmig

9. Antrag / Anregung zur Verkehrsberuhigung – Einbahnstraßenregelung in der Blumenburgstraße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung Mobilitätsreferat

Zustimmung, einstimmig

10. Anliegen Dall'Armi-Strasse Ecke Nederlingerstrasse

- einstimmig beschlossen Weiterleitung Mobilitätsreferat

Zustimmung, einstimmig

11. Blumenburgstraße 61 / 98-100 Parkbereiche für Krafträder

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat + Anschreiben UA Vorsitzender

SgDuH,

der BA9 unterstützt ausdrücklich den Wunsch des Bürgers, in der Blumenburgstraße Stellplätze für Motorräder zu Lasten von KFZ-Stellplätzen zu schaffen, sofern ersichtlich ist, dass Motorräder regelmäßig und hindernd auf Gehwegen abgestellt werden.

Zustimmung, einstimmig

12. Einrichtung einer Schulstraße für die Margarete-Danzi-Straße
- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat + Anschreiben mit versetzten Schulbeginnzeiten*
- Thomas Donauer tritt mit der Mathilde-Eller-Schule in Kontakt.*
Zustimmung, einstimmig
13. Radschnellweg Donnersbergerbrücke - Laim - Menagerieweg - Obermenzing: Streuen mit Feuchtsalz bzw. Sole
- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Baureferat*
Zustimmung, einstimmig
14. Antrag Einbahnstraße Niederlinger Straße zwischen Klugstraße und Nördlicher Auf-
fahrtsallee in Richtung Westfriedhof
- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat*
Zustimmung, einstimmig
15. Antrag Linksabbiegen von der Menzinger Straße in die Dall'Armi-Straße
- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat*
Zustimmung, einstimmig
16. Gehwegparken in Gern und im übrigen Stadtbezirk
K
- Kenntnisnahme*
Zustimmung, einstimmig
17. Baustellensituation Parkplatzmangel Rotkreuzplatz Süd
- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat*
Zustimmung, einstimmig
18. Fernwärme Donnersbergerstraße
N
- einstimmig beschlossen Schreiben durch Nima Lirawi*
- Es erfolgt Kontaktaufnahme mit Antragsteller durch Wirtschaftsbeauftragten Nima Lirawi.*
Zustimmung, einstimmig

3.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Konzept für geteilte Mobilität im Stadtbezirk 9
- Stellungnahmeersuchen bis zum 28.11.2025 –
- Sehr geehrte Damen und Herren,*
bezugnehmend auf die BA-Anhörung: Konzept für geteilte Mobilität im Stadtbezirk 9
- Wird die Auslastung der geplanten Stellflächen – insbesondere regelmäßig ge-
prüft?*

- Führen die Ausweisung von GAF dazu, dass die Fahrzeuge im gesamten Stadtteil nur noch in diesen Bereichen geparkt werden können (Geofencing)? Wenn ja, würden wir ggf. noch weitere Flächen anmelden, um beobachtete Nutzungsschwerpunkte zu ergänzen. Wenn nein, halten wir die Ausweisung von Flächen für kontraproduktiv und würden alle GAF ablehnen.
- Führen die Ausweisung von CS dazu, dass Fahrzeuge dort geparkt werden können, obwohl das Geschäftsgebiete einzelner Anbieter dies aktuell nicht ermöglicht? Wird dadurch evtl. das jeweilige Geschäftsgebiet der Anbieter erweitert?

Wir haben alle Standorte geprüft und weitere ergänzt. Im Anlage 1 sind nur diejenigen Standortvorschläge aufgeführt, zu denen wir Anmerkungen haben, teilweise mit Fragen, teilweise mit Vorschlägen für ergänzende Standorte im Umfeld. Alle anderen Standortvorschläge finden die Zustimmung des BA9. In Anlage 2 finden Sie bereits ganz neue Standortvorschläge, die wir sie bitten zu prüfen und uns hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeit eine Rückmeldung zu geben.

Anlage 1 - Anmerkungen zu Standortvorschlägen

Name	Straße	Anmerkung
MP Hirschgarten	Friedenheimerbr. 21	Wir regen an, die GAF auf jeder Straßenseite in der Nähe des S-Bahn-Halts vorzusehen – sowohl in Fahrtrichtung Steubenplatz wie in Fahrtrichtung Landsberger Straße.
MP Schloss Nymphenburg	Südliche A. 78	Bzgl. der CS regen wir die Verlegung in die Notburgastraße in Fahrtrichtung Süd (Romanplatz) an. Bzgl. der GAF finden den Standort nicht sehr sinnvoll. Können Sie uns die Platzierung dort begründen?
MP Leonrodplatz	Leonrodplatz 1	Wir regen ein GAF vor dem Strafjustizzentrum an, sowie auf dem Platz zur Dom-Pedro-Straße (vorherige MVG Rad-Fläche), da beide Flächen dann dichter am Tramhalt liegen.
MP Albrecht 45-47	Albrecht 45-47	Dem Standort stimmen wir zu, regen jedoch einen weiteren GAF-Standort Richtung Kapschstr. (Schulen) an
CS Rosa-Bavarese-Straße 14	Rosa-Bavarese-Straße 14	Dem Standort stimmen wir zu, wobei dieser nicht im Geschäftsgebiet mancher CS-Anbieter (bspw. Firma Miles) liegt.
CS Dachauerstraße 106	Dachauerstraße 106	Hier regen wir 1 stationsbasierten und 1 Free Floating-Stellplatz in jeder Fahrtrichtung an.
CS Hedwig-Dransfeld-Allee 36	Hedwig-Dransfeld-Allee 36	Hier sind ggf. auch 2 Stellplätze ausreichend?
CS Weiglstraße 14	Weiglstraße 14	Hier sind ggf. auch 4 Stellplätze ausreichend? Besteht hier ein sehr hoher Bedarf?
GAF Hirschgarten-Haupteingang	Gunther 1	Dem Standort stimmen wir zu, bitten jedoch um die Verlegung der Radl-Abstell-

		flächen aus der Guntherstraße in der Verlängerung zur GAF. Damit werden in der Guntherstraße wieder KfZ-Stellplätze frei, die vor dem Hirschgarten-Haupteingang entfallen. Aktuell wird die genannten Radl-Abstellfläche fast nicht mit privaten Fahrrädern genutzt.
GAF Kemnatenstraße	Walhallastraße 26	Wir regen eher eine Fläche vor Mechthildenstr. 39 an. Referenzpunkt sollte der kommende Tramhalt Richhildenstraße sein.
GAF Blumenburgstraße	Nymphenburger Straße 151 (in der Blumenburgstraße)	Wir regen an, statt diesem Standort jeweils in der nördlich angrenzenden Nymphenburgerstraße jeweils eine 2x 5m Fläche vorzusehen.
GAF Baldurstraße	Baldurstraße 88 (in der Nederlinger Straße)	Hier haben wir ernsthafte Zweifel am Bedarf. Alternativ wäre ein Standort im Bereich Sadelerstraße / Nymphenburger Schulen denkbar.
GAF Margarethe-Danzi-Straße	Margarethe-Danzi-Straße 21	Wir stimmen dem Standort zu, regen aber eine Ausdehnung auf 15m an, um so auch für private Lastenräder Stellflächen zu schaffen. Diese werden aktuell im Parkverbotsbereich vor dem Eingang zum ESV-Fußball- und Hockeyplatz geparkt.
GAF Engasserbogen	Engasserbogen 6	Hier haben wir ernsthafte Zweifel am Bedarf. Alternativ wäre ein Standort im Bereich Engasserbogen 32 / Übergang zum Hirschgarten Süd sinnvoll.

Anlage 2 - Weitere Standortvorschläge

GAF Hirschgarten West	Christoph-Rapparini-Bogen 3	Hier könnte der Stellplatz vor Christoph-Rapparini-Bogen 3 umgewandelt werden
GAF Hanebergstraße	Hanebergstraße 14	Wir bitten einen Standort zu prüfen im Bereich der OASE Neuhausen (Abenteuerspielplatz)
GAF Marsstraße	Arnulfstraße 102 / Weiglstraße 3	Aufgrund des a&o Hostels bitten wir hier um Prüfung eines Standorts, ggf. auch im Gehwegbereich

Herr Lipkowitsch berichtet, dass die Standorte bereits angesehen wurden, wobei ein zentraler Punkt die E-Scooter sind. Er betont, dass, wenn viele Abstellmöglichkeiten bereitgestellt werden, diese auch genutzt und eingehalten werden sollten.

Herr Meyer bringt den ersten Spiegelpunkt der Stellungnahme zur Sprache und fragt an, ob die Auslastung der bestehenden Flächen mit der Ergänzung „insbesondere *die Free-Floating-Flächen* geprüft“ ergänzt wird.

Zustimmung, einstimmig

3.4 Antwortschreiben

1. Verbesserung Radwegsicherheit Landshuter Allee / Blumenburgstraße
K - Bezug: TOP 3.2.8 aus 07/2021 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 02930

Kenntnisnahme

2. Antrag - Automatisierte Kleinbusse in Nymphenburg und Gern
K - Bezug: TOP 3.2.2 aus 03/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07554

Kenntnisnahme

3. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Anliegen zur temporären Ergänzung von Parkflächen während Baumaßnahmen im Gebiet Rotkreuzplatz-Süd" - Antwortschreiben des KVR
- Bezug: TOP 3.2.30 aus 09/2025 –

- einstimmig beschlossen Weiterleitung und Anschreiben an Mobilitätsreferat

SgDuH,

der BA möchte im Hinblick auf die Beschwerde des Bürgers und das Antwortschreiben des KVR anregen, dass bei den zahlreichen Baustellen (aktuell Hoch- und Tiefbau in dem Gebiet südlich des Rotkreuzplatzes) durch das MOR versucht wird, eine terminliche Entflechtung der Bauarbeiten zu erreichen, um die gravierenden Auswirkungen auf die Anwohner hinsichtlich Parkplatzentfall und Erreichbarkeit zu mildern.

Zustimmung, einstimmig

3.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9 und § 46 StVO:
K

--> Arbeiten im Straßenraum:

- Wotanstraße 103 - Strom- und Wasserüberspannung mit 2 Masten auf öffentlichem Grund

TramWestTangente

vom 07.10.2025 bis 31.12.2025

- Laimer Unterführung (Oströhre), Wotanstraße;

Vollsperrung MIV (21.00 bis 05.00 Uhr) für Arbeiten an der Beleuchtung

vom 22.10.2025, 21:00 Uhr bis 23.10.2025, 05:00 Uhr

- Kratzerstr. 19, Gudrunstr. 3, Winthirstr. 35, Renatastr. 72

(Schachtsanierungen)

vom 20.10.2025 bis 07.11.2025 (3 Arbeitstage pro Schacht)

- Instandsetzung BW 40-55; Landshuter Allee und Dachauer Straße

Herstellung und Absicherung der Mittelteilerüberfahrten

Bauphasen 20 und 30, Landshuter Allee

vom 15.10.2025 bis 30.06.2026

- Lazarettstr. 62

(Fernwärme Hausanschluss Oberflächenwiederherstellung)

vom 27.10.2025 bis 28.11.2025 (12 Arbeitstage)

- Wotanstraße zwischen Herthastraße und Gaßnerstraße
Bauphase 2.4 - HW5, TramWestTangente,
2. Verlängerung
vom 23.10.2025 bis 21.11.2025

- Gümbelstr. (SWM 110 kV) – Erweiterung: BE-Flächen
Nymphenburger Straße
vom 31.10.2025 bis 30.01.2026

- Gümbelstr. (mit Blumenburgstr. 57-59) Phase 5 Verlängerung
(Verlegung Stahlmantelrohr für 110 kV)
vom 31.10.2025 bis 30.01.2026

- Tizianstr. 54, Ferdinand-Maria-Str. 30, Prinzenstr. 49+65+69
(Schachtsanierungen)
vom 03.11.2025 bis 05.12.2025 (3 Arbeitstage pro Schacht)

alle Kenntnisnahme

2. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 StVO:
K Luftreinhaltung; Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 in der Landshuter Allee zwischen Höhe Abfahrtsrampe zur Arnulfstraße bis auf Höhe Toni-Merkens-Weg

Kenntnisnahme

3. Vollzug der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG):
K Betreiben von Hochbeeten auf öffentlichem Grund

Kenntnisnahme

4. Information zu Teilinbetriebnahmen der Tram-Westtangente
K

Kenntnisnahme

5. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 9 StVO:
K - Dachauer Straße;
Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h stadteinwärts ca. 50m nördlich im Vorlauf der LSA 0272 (Dachauer Str. / Landshuter Allee)

- Blumenburgstr. 70;
Errichtung einer Ladezone

alle Kenntnisnahme

6. Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO:
K Guntherstraße zwischen Kriemhildenstraße und Königbauerstraße
Königbauerstraße zwischen Hirschgartenallee und Guntherstraße
Einrichtung einer Fahrradstraße

Kenntnisnahme

7. Verkehrsrechtliche Anordnung gem. § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 9 StVO:
K - Rotkreuzplatz Süd -
Anpassung der Beschilderungen der Lieferzonen:
- Donnersbergerstraße 42
- Donnersbergerstraße 46
- Schulstraße vor Hausnummer 24
- Schulstraße vor Hausnummer 29
- Schluderstraße vor Hausnummer 2

Kenntnisnahme

3.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

einstimmig beschlossen Schreiben UA Vorsitzenden Lieferzonen

Der Bezirksausschuss hat in Zusammenarbeit mit dem Mobilitätsreferat veranlasst, dass in der Donnersberger-, Schul- und Blumenburgstraße Lieferzonen beschildert werden. Ziel ist es, dass Lieferfahrzeuge nicht mehr, wie häufig zu beobachten, auf Gehwegen in Kreuzungsbereichen stehen und damit Fuß- und Radverkehr gefährden, sondern auf den neuen Lieferzonen parken. Konkret werden folgende 6 Örtlichkeiten zu Lieferzonen ausgewiesen:

- *Donnersbergerstraße 42 und 46*
- *Schulstraße 24 und 29*
- *Schluderstraße 2*
- *Blutenburgstr. 70*

2. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"

Kein Bedarf im UA Verkehr

3. BA 9: Eilantrag – Tram-Halt Donnersbergerbrücke: Verkehrssicherheit nachhaltig sichern

N

- einstimmig beschlossen Einladung Mobilitätsreferat / KVR bzw. Unfallkommission (Mobilitätsreferat)

Der erneute Unfall am Freitag, 7.11.2025 hat gezeigt: Die Forderungen des BA9 (Anträge 20-26 / T 050927 und 20-26 / T 085730) erfordern rasches Handeln. Wir danken Herrn Oberbürgermeister Reiter für die Anordnung von Pollern. Dabei sollte auf eine kollisions-sichere Ausführung geachtet werden.

Doch die seitens der Stadtspitze geforderten Maßnahmen sind nicht ausreichend. Das Problem der Unfälle liegt im System Straße. Daher sollten hier auch die Lösungen umgesetzt werden. Auch in Zeiten geringer finanzieller Mittel sind einfache Optionen möglich:

- *Umsetzung der Beschilderung von Tempo 30 im Haltestellen- bzw. gesamten Kreuzungsbereich (siehe BA-Antrag 20-26 / B 07804 vom 20.05.2025)*
- *Umwidmung der südlichen Fahrspur im verschwenkten Bereich unter der Brücke zu einer Radspur mit entsprechenden Markierungen und Beschilderung wie auch „modaler Filter“ (Baustellen-Mobiliar!) (siehe BA-Antrag 20-26 / B 08268 vom 21.10.2025)*
- *Markierung der Mittelspur in der Abfahrt von der Brücke Richtung Norden mit einem Richtungspfeil ausschließlich für Fahrt Geradeaus und Linksabbieger, Rechtsabbieger in die Arnulfstraße nur noch einspurig.*

*Wir würden uns wünschen, dass diese Maßnahmen bis Ende des Jahres umgesetzt sind. Für die Sicherheit aller Straßenverkehrsteilnehmenden.
Wir bitten Vertreter des MOR und KVR (Unfallkommission) zu dem Thema an der Sitzung des Unterausschuss Verkehr im kommenden Monat Dezember teilzunehmen. Die Sitzung findet am 9.12. ab 19 Uhr im Neuhauser Trafo, Nymphenburger Straße 171a, statt.*

Herr Züchner merkt an, dass der Unfall bereits im gesamten BA zur Kenntnis bekannt ist und zum Glück keine Verletzten zu beklagen sind. Er führt aus, dass Maßnahmen gefordert werden, die zukünftig sinnvoll wären. Herr Züchner führt aus, dass der BA diese Maßnahmen unterstützt und das Mobilitätsreferat die Maßnahmen bis Ende des Jahres umsetzen sollen. Zudem schlägt er vor, dass die Unfallkommission an der Unterausschusssitzung im Dezember teilnehmen sollte, um die Situation zu besprechen und weitere Schritte zu planen.

Herr Meyer berichtet, dass bereits Poller am Vortag zur Sitzung installiert wurden, und äußert, dass er es gut findet, dass der Eilantrag gestellt wurde. Er hebt hervor, dass es wichtig wäre, eine grundsätzliche Lösung für die Situation zu präsentieren.

Zustimmung, einstimmig

4. Unterausschuss für Bau- und Stadtplanung

4.1 Entscheidungsfälle

4.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. CSU-Fraktion: Antrag - Geotechnische Stabilität und potenzielle Hohlraumbildungen im Untergrund
Prüf- und Vorsorgemaßnahmen im Umfeld der U-Bahnstationen Maillingerstraße, Rotkreuzplatz, Gern und Westfriedhof

Mit Ergänzung Frage nach verbauten Materialien

Zustimmung

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

2. FDP-Fraktion: Antrag - Keine weiteren Verzögerungen beim Satzungsbeschluss für das Paketposthallenareal

Ablehnung

Mehrheitlich

Herr Meyer informiert, dass der Satzungsbeschluss am nächsten Mittwoch im Stadtrat geplant ist. Er betont die Wichtigkeit der Gewinnung von privaten Investoren, wenn Wohnungen geschaffen werden sollen. Die Zusammenarbeit zwischen privaten Investoren und der Stadt sollte daher erleichtert und vereinfacht werden. Herr Meyer findet es positiv, wenn der Stadtrat den Beschluss fällt und nicht mehr aufschiebt, da dies ein gutes Zeichen für die Privatinvestoren ist.

Frau Piesczek betont, dass es wichtig ist, dass die Stadt zuverlässig mit Investoren zusammenarbeitet. Sie weist darauf hin, dass gefördertes Wohnen derzeit schwierig ist, da keine Fördergelder zur Verfügung stehen. Ohne diese Fördergelder wird die Stadt auch nicht in der Lage sein, selbst zu bauen.

Herr Dr. Stammler bringt ebenfalls das Problem zur Sprache, dass die Fördermittel nicht bereitgestellt werden. Allerdings solle sich der Stadtrat mit dem Satzungsbeschluss Zeit lassen.

Herr Züchner schließt sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an und betont, dass der Freistaat die finanziellen Mittel hat. Er weist darauf hin, dass der Satzungsbeschluss zwar irgendwann gefasst wird, es jedoch keine Eile dabei geben sollte.

Abstimmung im Plenum (über den Antrag der FDP-Fraktion):

Ablehnung, mehrheitlich (u. a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

3. Anfrage zum geplanten Bauvorhaben in der Blütenburgstraße 49a

Weiterleiten an BWK, bei Rückantwort Schreiben an Bürger inkl. Stellungnahme BA

Zustimmung

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4.3 Anhörungen

1. Landshuter Allee 8
Umbau einer Bürofläche mit Brandschutzsanierung (MB 4.1, 4.3, 4.4) und Einbau einer internen Verbindungstreppe mit Brandschutzvorkehrungen zwischen bestehender Mieteinheit MB 3.4 und erweiterter Mieteinheit MB 4.4

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

2. Landshuter Allee 8
Umbau einer Bürofläche mit Brandschutzsanierung (M.B 0.1 + 0.3)

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

3. Nymphenburger Straße 172
Nutzungsänderung und Umbau von Laden in Bäckerei mit Cafebereich

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

4. Scherrstraße 6
Neubau zweier Mehrfamilienhäuser mit Tiefgarage und Autoaufzug- ÄNDERUNGSANTRAG zu 1.23-2024-22544-22 jetzt: Änderung Tiefgarage - Entfall eines 4-fach-Parkers, TG-Erweiterung nach Norden, TG-Lüftung

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

5. Palestrinastraße 3
Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 5 WE und Mittelgarage

Der Bauantrag wird abgelehnt.

Der Baukörper ist zu massiv, inklusive Höhenentwicklung. Die Terrasse ist wasserdurchlässig auszuführen.

Für erforderliche Baumfällungen fordern wir Ersatzpflanzungen.

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

6. Romanstraße 39
Abbruch des bestehenden Gebäudes und Errichtung einer Wohnanlage mit Tiefgarage-
VORBESCHIED

Folgende Punkte aus der Bauvoranfrage werden abgelehnt:

- *Abstandsfläche 0,5H wird abgelehnt.*
- *Südliche Grenzbebauung wird abgelehnt, um Grünflächen zu erhalten.*
- *Nutzung/Pool auf dem obersten Geschoss wird abgelehnt, da durch die notwendige Möblierung und Sonnenschutz ein weiteres Geschoss entsteht.*

Zustimmung

Einstimmig

Frau Piesczek erklärt, dass es sich um einen abgeschlossenen Vorgang handelt, bei dem eine Abstandsfläche von 0,5 Metern festgelegt wurde, was der BA natürlich abgelehnt hatte. Sie hebt hervor, dass in der Nymphenburger Straße 81 die Situation anders ist, da es sich um ein dicht bebautes Gebiet handelt. Sie betont, dass eine engere Bebauung die Bäume und Grünflächen gefährden würde, weshalb das gesamte Projekt abgelehnt wird. Frau Piesczek weist darauf hin, dass das Ganze verwaltungsrechtlich natürlich anders gesehen wird. Die Ablehnung des Bezirksausschusses bedeutet nicht zwangsläufig, dass der Bauantrag dann ebenfalls abgelehnt wird.

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

7. Volpinistraße 47
Sanierung, Umbau eines Reihenendhauses und Neubau eines Anbaus

Eine Zustimmung erfolgt mit folgenden Auflagen:

Die Baumfällung Nr. 6 wird abgelehnt.

Die Terrasse ist wasserdurchlässig auszuführen.

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

8. Arnulfstraße
Errichtung einer digitalen Werbeanlage für Fremdwerbung mit Bedarfsinformationen der Stadtinformation, gemäß des Werbenutzungsvertrages, als Ersatz für die bestehende Säule. Das bestehende Fundament wird übernommen

Zustimmung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

4.4 Antwortschreiben

1. BA 9: Antrag - Sachstand zum Naturkundemuseum Bayern
- Bezug: TOP 4.2.1 aus 09/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08164

Antragweiterleitung an den Freistaat Bayern

*Zustimmung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig

4.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Bedarfs- und Projektgenehmigung Kanalsanierungsmaßnahme Neuhausen Nymphenburg

K

Kenntnisnahme

2. Margarethe-Danzi-Straße 25

K

Antrag auf Nutzungsänderung: Schank- und Speisewirtschaft mit regelmäßiger Musikdarbietung
- Baugenehmigung –

Kenntnisnahme

3. Prinzenstraße 43

K

Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage
- Vorbescheid –

Kenntnisnahme

4. (U) Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2147

K

Arnulfstraße (südlich),
Birketweg (nördlich und östlich),
Wilhelm-Hale-Straße (östlich)
- PaketPost-Areal -
(Teilverdrängung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1926a)

A.) Satzungsbeschluss

B.) Behandlung der Empfehlungen und Anträge

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17874

Kenntnisnahme

5. Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/65

K

Arnulfstraße (südlich), Birketweg (nördlich und östlich), Wilhelm-Hale-Straße (östlich) –
PaketPost-Areal -

Endgültiger Beschluss

Stadtbezirk 9 – Neuhausen – Nymphenburg
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17558

Kenntnisnahme

4.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA
2. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"
3. Backstage Vorstellung Bauantrag ergänzen

30.09. Baueingabe bei LBK eingereicht, vollst. Bauantrag inkl. Lärmschutz, FFG Genehmigter Vorbescheid liegt vor

Aktueller Bauantrag:

Arena, Teilrückbau, neues Dach, Schallschutz

Mit neuer Tribüne 4000 Pers., bis zu 2000 Pers. bestuhlt

Anbau mit Kongresshalle für bis zu 850 Pers.

Sportfläche auf der Kongresshalle

1 UG für Elektroclub, Technik, Bandübungsräume, Musikstudio, u.ä.

6 Geschosse Parkdeck über Lagerflächen, im EG Anlieferung, 420 Stellplätze

Extensive Dachbegrünung (im Backstage Logo)

Fassade begrünt und teils Graffiti

Lärmschutzwände als Container ausgeführt für Ateliers o.ä.

Neue Dächer auf den aktuellen Hallen zum Lärmschutz

Bauzeit ca. 3-5 Jahre

Frau Piesczek berichtet, dass der Inhaber des Backstage in der vergangenen Unterausschuttsitzung anwesend war und angekündigt hat, dass er sich vergrößern wird. Er plant, einen besseren Stahl- und Lärmschutz sowie mehr Parkplätze zu schaffen. Vermutlich wird der Bauantrag beim nächsten Mal vorgestellt.

5. Unterausschuss für Umwelt und Klimaschutz

5.1 Entscheidungsfälle

5.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Anfrage wegen Lärmbelästigung Pineapple Park
- Bezug: TOP 5.2.9 aus 09/2025 - WV in 11/2025 –

Es fand ein Gespräch UA Vorsitzenden (Umwelt, Bau, Soziales, Kultur) mit den Betreibern des Pineapple Parks statt

*Antwortschreiben an Beschwerdeführer durch den UA Vorsitzenden:
einstimmig*

Herr Dr. Ott informiert, dass das Antwortschreiben an den Unterausschuss weitergeleitet wurde. Es wurden jedoch keine Änderungswünsche geäußert. Er weist darauf hin, dass es sich um sensible Daten handelt, weshalb das Antwortschreiben nicht in die öffentliche Tischvorlage aufgenommen werden wurde.

Zustimmung, einstimmig

2. Fehlende Bäume oder Grünstreifen mit Sträuchern im vorderen Bereich der Ginhardtstraße rechtsseitig

*Weiterleitung an Baureferat/Gartenbau zur Prüfung
mehrheitlich*

Zustimmung, einstimmig

3. Baum auf der Verkehrsinsel Mitte Landshuter Allee (Kreuzung Nymphenburger Str.) nachpflanzen

*Weiterleitung an Baureferat/Gartenbau
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig

4. ÖDP-Fraktion: Antrag - Betreuter Taubenschlag an einem geeigneten Ort in der Nähe des Rotkreuzplatzes

WV
01/ - Bezug: TOP 5.2.3 aus 09/2025 - WV in 10/2025 - WV in 11/2025
2026

Antragstellerin stellte 2 mögliche Optionen im UA vor. Die Option über Einsatz für Tiere e.V., die bereits 9 Taubenhäuser in MUC in Zusammenarbeit mit dem KVR betreiben, wird bevorzugt.

Die Antragstellerin sucht bis zur WV konkrete Standorte.

einstimmig

Zustimmung, einstimmig

5. CSU-Fraktion: Antrag - Mülleimer an der Sedlmayrstraße / Hirschbergstraße

*Weiterleitung Baureferat / Straßenreinigung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig

5.3 Anhörungen

1. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Leonrodstraße 57

*Im Ensemble/in der Summe ortsbildprägend, daher auf jeden Fall Ersatzpflanzungen vor Ort analog des bisherigen Baumbestands
mehrheitlich*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

2. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Taschnerstraße 14

Eschen im schlechten Zustand, konkreter Baum quasi ohne Äste, Zustimmung Fällung mit Ersatzpflanzung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

3. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Leonrodstraße 65

*Ziemlich „tote“ Birke, ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung nur mit Ersatzpflanzung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

4. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Renatastraße 63

Ablehnung der Fällung, ortsbildprägend, falls Fällung unvermeidlich dann nur mit Ersatzpflanzung

einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

5. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Ginhardtstraße 3

Einzigster unter die Baumschutzverordnung fallender Baum (Baum 1; Birke): ortsbildprägend, daher Ablehnung der Fällung. Falls eine Fällung unumgänglich, Ersatzpflanzung einstimmig

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

6. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Hedwigstraße 17

*Ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

7. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Landshuter Allee 112

*Einzigster Nadelbaum im Hof, groß, ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

8. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Malsenstraße 3

*Zustimmung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

9. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Groffstraße 2

*Zustimmung zur Fällung mit Ersatzpflanzung
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

10. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Fuetererstraße 4

*Haselnussstrauch, keine Fällung, sondern nur deutlicher Zuschnitt, wie auch von Antragstellerin als Option genannt
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

11. BA-Anhörung: Suche eines Mobilfunkstandortes im 9. Stadtbezirk

*Zustimmung
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig

5.4 Antwortschreiben

1. Grünen-Fraktion: Antrag - Saubere öffentliche Flächen: Zigarettenkippen reduzieren
- Bezug: TOP 5.4.1 aus 07/2025 - WV in 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07807

Anfrage an Baureferat: Dank für die ausführliche Antwort. BA ist interessiert, was seit Aufnahme auf Förderplattform passiert ist
einstimmig

Zustimmung, einstimmig

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 zum Thema "Lärmbelästigung durch Laubbläser und ähnliche Geräte" - Antwortschreiben des RKU
K - Bezug: TOP 5.2.13 aus 09/2025 –

Kenntnisnahme
einstimmig

3. Stellungnahme zu den geplanten Baumpflanzungen in der Nederlinger Straße - Antwortschreiben des BAU
K

Kenntnisnahme
einstimmig

4. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 zum Thema "Kastanienbäume" - Antwortschreiben des BAU
K - Bezug: TOP 5.2.14 aus 09/2025 –

Kenntnisnahme
einstimmig

5. Antrag - Bänke mit Solarpanels und Ladeanschlüssen
K - Bezug: TOP 5.2.1 aus 09/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08183

Kenntnisnahme
einstimmig

6. Anfrage Rainer-Werner-Fassbinder-Platz - Antwortschreiben des BAU
K - Bezug: TOP 5.2.8 aus 09/2025 –

Kenntnisnahme
einstimmig

7. Pflanzen von Bäumen in der Stadt - Antwortschreiben des BAU
K - Bezug: TOP 5.2.7 aus 09/2025

Kenntnisnahme
einstimmig

8. Antrag auf Neugestaltung des Rainer-Werner-Fassbinder-Platzes - Antwortschreiben des BAU
K - Bezug: TOP 5.2.3 aus 05/2024 –

Kenntnisnahme
einstimmig

5.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Meldung eines Mobilfunkstandortes im 9. Stadtbezirk z.K. an den BA 9

K

*Kenntnisnahme
einstimmig*

2. Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV);
Ausnahmezulassung gem. § 7 Abs. 2 der 32. BImSchV
--> Mülleinsammlung durch die Partei 16-029

*Kenntnisnahme
einstimmig*

3. (U) Änderung der Spielplatzsatzung
K Satzung zur Änderung der Satzung der Landeshauptstadt München über die Größe, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Spielplätzen, die Art der Erfüllung der Spielplatzpflicht sowie über die Ablöse (Spielplatzsatzung – SpielplatzS)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18178

*Kenntnisnahme
einstimmig*

4. Neuerlass der Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München (BaumschutzV)
K - zeitgemäßer Baumschutz in einer dynamischen Stadt
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17557

*Kenntnisnahme
einstimmig*

5.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

In den nächsten Wochen will der Stadtrat eine Änderung der Baumschutzverordnung beschließen, die eine deutliche Ausweitung des Schutzes der Bäume im Stadtgebiet vorsieht. So umfasst die Verordnung demnächst alle Bäume mit einem Stammumfang >60cm, auch Obstbäume. Die Regelungen für geforderte Ersatzpflanzungen und deren Pflege wurden ebenfalls erweitert; die Zahlungen für unerlaubte Fällungen wurden deutlich erhöht, auch evtl. anfallende Ausgleichszahlungen steigen. Mehr dazu unter: <https://stadt.muenchen.de/infos/lbk-baumschutz-aktuell.html>

2. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"

Im Stadtbezirk 9 läuft seit längerem das Projekt „Finde eine Lücke für einen Baum“ gut. Bürgerinnen und Bürger melden Baumlücken an den BA, die wir weiterleiten an das Baureferat/Gartenbau. Auch das ist in unseren Augen lokale Stadtgestaltung. Daher würden wir gerne Anfragen, ob auch so ein unbefristetes Projekt unter die Fördermittel fallen könnte und so Baumpflanzungen aus dem Budget theoretisch finanzierbar wären.

6. Unterausschuss für Soziales, Integration und Wohnen

6.1 Entscheidungsfälle

6.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Kontinuierliche nächtliche Ruhestörung in der Margarethe-Danzy-Straße und Rosa-Bavarese-Straße
- Bezug: TOP 6.2.2 aus 09/2025 - WV in 10/2025 – WV in 11/2025 –

Sachstand: Die Vorsitzende des ESV wird sich mit dem Wirt in Verbindung setzen und spricht die Lärmemissionen an. Sie meldet sich, wenn das Gespräch erfolgte. Das Protokoll des OT wurde an alle UA-Mitglieder versandt.

Zustimmung, einstimmig

2. Lärmbelästigung in der Helene-Weber-Allee

Entwurf Antwortschreiben an die Bürgerin durch den UA-Vorsitzenden wird im Umlauf versandt.

UA-Vorsitzender fragt bei der PI wie genau die Einsatzfrequenz an der Bank war.

Einstimmig beschlossen.

Zustimmung, einstimmig

3. CSU-Fraktion: Antrag - Verbesserung der nächtlichen Sicherheit im ÖPNV - insbesondere für junge Frauen und Jugendliche

Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Lirawi merkt an, dass dieses Thema bereits vor sechs Jahren angesprochen wurde und dass die Presse ebenfalls darüber berichtet hat. Er stellt fest, dass das Thema weiterhin aktuell ist und eine Einwirkung des Bezirksausschusses erforderlich ist.

Er betont die Notwendigkeit, die Stadtteilinteressen zu erkennen und aktiv zu werden, statt es allein dem Stadtrat zu überlassen. Der Wirtschaftsausschuss und der Migrationsbeirat haben bereits eine Stellungnahme abgegeben. Lirawi fordert im Namen der CSU-Fraktion auf, auch andere Fraktionen zu bitten, diesem Anliegen zuzustimmen und es zu unterstützen.

Frau Knorr-Köning äußert, dass sich junge Frauen nachts generell auf den Straßen unsicher fühlen. Sie verweist aber darauf, dass München zum 49. Mal in Folge zur sichersten Stadt gekürt wurde. Sie hält es für wichtig, die Ergebnisse der Studie vom KJR zu betrachten, insbesondere die Ängste, die dort angesprochen werden. Sie betont, dass subjektive Empfindungen hervorgehoben werden sollten und dass politische Initiativen gestartet wurden, um ein umfangreiches und stadtweites Konzept zu entwickeln, damit sich die überwiegende Mehrheit der Stadt sicher fühlen kann. Frau Knorr-Köning teilt ihre persönlichen Erfahrungen als Frau mit und erklärt, dass zwei von drei Frauen Erfahrungen mit sexuellen Belästigungen gemacht haben und die Täter in der Regel Männer sind. Sie appelliert an alle, dass viele junge Männer oft nicht erkennen, inwieweit sexuelle Belästigungen vorhanden sind und dass das Verhalten junger Männer für junge Frauen belästigend sein kann. Sie äußert eine ablehnende Haltung gegenüber der Sichtweise der CSU-Fraktion und verweist, dass es nicht die Aufgabe des Bezirksausschusses sei, dies zu bewerten.

Herr Schwirz plädiert für den Antrag. Auch am Rotkreuzplatz wurden entsprechende Fälle dokumentiert, bei denen es zu ähnlichen Problemen gekommen ist. Er fragt, warum der Bezirksausschuss hier nicht seine Verantwortung wahrnehmen und öffentlich Stellung beziehen sollte.

Herr Meyer betont die große Bedeutung des Themas, stellt jedoch die Frage, ob es ein passender Lösungsansatz ist, dass das Personal im ÖPNV hier eingreift und die Rolle von Sicherheitskräften übernimmt. Er weist darauf hin, dass auch eine bessere Beleuchtung nicht das gewünschte Ziel erreichen kann. Aufgrund dieser Überlegungen plädiert er

dafür, den Vorschlag abzulehnen, da dies keine effektive oder nachhaltige Lösung ist. Herr Stummvoll äußert, dass der Bezirksausschuss nicht der richtige Ort ist, um Maßnahmen umzusetzen, die im öffentlichen Raum geschehen. Er ist der Meinung, dass solche Themen auf der Ebene des Stadtrats behandelt werden sollten, da dies eine angemessenere Plattform dafür ist.

Abstimmung im Plenum (über den Antrag der CSU-Fraktion):

Ablehnung, mehrheitlich (u. a. gegen Stimmen der CSU-Fraktion)

4. Barrierefreie Wahllokale in München

Der BA unterstützt das Anliegen des Bürgers, einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

5. Parkplatz Hirschgarten / Jugendcontainer

N

Entwurf Antwortschreiben an die Bürgerin durch den UA Vorsitzenden wird im Umlauf versandt.

Einstimmig.

Schreiben an BAU: Aktivierung der Schranke prüfen und Anfrage den Parkplatz an einen privaten Betreiber zu vermieten ebenfalls prüfen.

Einstimmig

Herr Stummvoll äußert, dass es keine einfache Lösung für das Problem gibt. Er warnt jedoch, dass, selbst wenn der Container entfernt wird, die Autoposer weiterhin dorthin fahren werden. Er befürchtet, dass das Thema somit weiterhin präsent bleiben wird. Er kündigt an, dass ein entsprechendes Schreiben erstellt wird, das im Umlauf gegeben werden soll.

Zustimmung, einstimmig

6.3 Anhörungen

6.4 Antwortschreiben

6.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

6.6 Verschiedenes

1. Berichte der Beauftragten

REGSAM: Bericht vom Fachtreffen Wohnungslose und Geflüchtete.

Senioren: Bericht vom Regsam Altenkreis

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA

3. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"

4. Offene Altenhilfe in Neuhausen/Nymphenburg

Diakonie, Seniorentreff Neuhausen und Caritas ASZ stellen die Arbeit und Ihre Schwerpunkte im Viertel vor. Bei ~23.000 Menschen über 75 Jahre im Stadtviertel. Großer Bedarf an PR, Information über das Angebot und die Existenz der Beratungsstellen. Ein angeregter Austausch folgt.

7. Unterausschuss für Kultur

7.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
MORGEN e.V.; Netzwerk Münchner Migrant:innenorganisationen
12. Mehrsprachiges Märchenfest von MORGEN e.V. am 14.12.2025
2.300,00€; Az. 0262.0-9-0902
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18259

1.900€ mehrheitlich

Wortmeldung im Plenum:

Frau Scheunemann: Der Antrag wurde kurzfristig eingereicht. Wir begrüßen das Projekt und empfehlen eine Fördersumme in Höhe von 1.900,00 Euro.

Herr Lirawi: Angesichts der sehr hohen Kosten für die Miete schlagen wir eine Fördersumme in Höhe von 1.300,00 Euro vor.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 1.900,00 €):
Zustimmung, mehrheitlich (u. a. gegen die Stimmen der CSU-Fraktion)

2. (E) Stadtbezirksbudget
Initiative Medea
„MEDEA – EIN FEATURE Kunst - Journalismus -Fotografie vom 29.01.-01.02.2026“
9.760,00 € / AZ: 0262.0-9-0901
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18295

1.500€ mehrheitlich

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 1.500,00 €):
Zustimmung, einstimmig

3. (E) Stadtbezirksbudget
Empfangshalle GbR
„Mobile Ausstellung "Jahresgaben 2025" vom 04.12.2025-09.01.2026 “
1.916,00 € / AZ: 0262.0-9-0906
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18301

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

4. (E) Stadtbezirksbudget
Schlitterclub Nymphenburg
25 Jahre Schlitterclub vom 28.11. -21.12.2025
3.774,00€; Az. 0262.0-9-0900
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18285

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

5. (E) Stadtbezirksbudget
KUD SOKO München e.V. „Aufbau Seminare traditioneller serbischer Tanz vom 26.09.-30.11.2025“
3.024,38 € / AZ: 0262.0-9-0883
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18336

2.000€ mehrheitlich

Wortmeldung im Plenum:

Frau Scheunemann: In den letzten Jahren wurde von der Organisation ein Jahreskonzert beantragt. Dieses Mal handelt es sich um ein Seminar, das bereits läuft und ebenfalls im Trafo stattfindet.

Herr Lirawi: plädiert im Namen der CSU-Fraktion für die Gewährung der vollen Fördersumme.

Abstimmungen im Plenum:

- ➔ über die Gewährung der vollen Fördersumme (auf Vorschlag der CSU-Fraktion):
Ablehnung, mehrheitlich (u. a. gegen die Stimmen der CSU-Fraktion)
- ➔ über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 2.000,00 €:
Zustimmung, mehrheitlich (u. a. gegen die Stimmen der CSU-Fraktion)

7.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Radikale Mieterhöhungen im Kerngebiet des Kreativquartiers

Gäste, zwei Kulturschaffende aus dem Kreativlabor. Bericht über Änderungskündigungen der MGH zum 01.01.2026 für das gesamte Gelände. Nicht für alle, aber für einige beinhaltet das extrem hohe Mieterhöhungen, teilweise um 300 %. Bisher ist auch völlig unklar, wie es weitergeht. Von Seiten des KULT werden mögliche Förderungen ins Spiel gebracht, diese seien aber nur für einen Bruchteil der Akteure geeignet („bildende Künstler“), und kaum zum 01.01.26 realisierbar. Sie haben auf dem Gelände über die Jahre mit hunderten ehrenamtlichen Stunden Häusergemeinschaften mit interdisziplinärem Arbeiten aufgebaut. Diese stehen im Moment in jedem Fall vor dem Haus, wenn sie keine Hilfe zum 01.01. erhalten.

Antrag BA 9:

Übergangsfinanzierung und sozialverträgliche Mietstruktur im Kreativlabor

Antrag:

Der Bezirksausschuss fordert die LH München auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Fortbestand der kulturellen Strukturen im Kreativlabor zu sichern.

Übergangslösung ab 01.01.2026:

Die Stadt entwickelt eine kurzfristige Förderlösung, die sicherstellt, dass mindestens für das erste Halbjahr 2026 keine Verdrängung durch die angekündigten Mietsteigerungen zum 01.01.2026 erfolgt. Ziel ist, die aktuellen Mieterhöhungen zunächst für bislang nicht von Fördermodellen erfasste Mieter*innen abzufedern bis über dauerhafte Fördermöglichkeiten entschieden wird.

Berücksichtigung der interdisziplinären Ausrichtung:

Bei der Ausgestaltung der langfristigen Fördermöglichkeiten ist sicherzustellen, dass Raumförderung wie beispielsweise die Atelierförderung in der bildenden Kunst auch in anderen Sparten, bei interdisziplinär arbeitenden Akteur*innen sowie Akteur*innen aus den Handlungsfeldern Soziales, Bildung, Soziokultur, Nachhaltigkeit förderfähig ist. Dies entspricht der gewachsenen Struktur und dem Profil der Häuser und der dezidierten Zielsetzung für das Gelände, die sowohl Stadtrat als auch die umliegenden Bezirksausschüsse seit Jahren fordern und unterstützen.

Erhalt der Teilautonomie und Beteiligungsstrukturen:

Die Stadt achtet darauf, dass die über Jahre mit Unterstützung der Bezirksausschüsse und des Stadtrats entwickelten partizipativen Mitbestimmungsstrukturen im Kreativlabor fortbestehen. Insbesondere Entscheidungen über Mietverhältnisse und Flächenvergaben sollen weiterhin unter Mitwirkung der lokalen Akteur*innen erfolgen.

Begründung:

Zum 31.12.2025 hat die MGH für Mieter*innen des Kreativlabor – sowohl Einzelmietter*innen als auch ganze Häuser – Änderungskündigungen ausgesprochen, verbunden mit teilweise drastischen Mieterhöhungen. Betroffen sind viele freischaffende Künstler*innen und Kulturschaffende, Initiativen und Projekte, die das Kreativlabor in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Ort für interdisziplinäre, spartenübergreifende Arbeit in München entwickelt haben – in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, mit dem Stadtrat und den Bezirksausschüssen – und auf deren ausdrückliche Forderung hin.

Das Akteursfeld hat seit 2021 eine tragfähige Organisationsstruktur entwickelt, um das Kreativlabor in einem Teilbereich (Kulturviereck) in der aktuellen Nutzungsvielfalt zu erhalten und die Ankerprojekte als für die Entwicklung tragenden Säulen zu festigen. Dazu gehören neben einer partizipativen Struktur zur Selbstorganisation (welche der Stadtrat am 18.9.25 beschlossen hat) auch eine verlässliche Basis bzgl. der Mieten. Die Nutzerschaft hält eine Orientierung an der Höhe in anderen kommunalen Atelierhäusern (aktuell im Mittelwert 10 € brutto inkl. Verbrauchs- und Nebenkosten) für sinnvoll und fair. Die gewollte Entwicklung des Kreativlabors benötigt eine klare, verlässliche und finanziell tragfähige Mietsituation, um einer Verdrängung der Kunst-, Kultur-, Bildungs- und Sozialprojekte entgegenzuwirken. Während für einige Mieter*innen aktuell Fördermodelle greifen, stehen andere Mieter*innen und Häuser aktuell ohne tragfähige Anschlusslösung da. Betroffen hiervon sind z.B. die Akteur*innen im Leonrodhaus, Atelierhaus, Haus 2 sowie die Empfangshalle und Munich Maker Lab e.V. Das Kulturreferat bringt derzeit unterschiedliche Fördermöglichkeiten gegenüber den Akteur*innen ins Spiel – diese oder zumindest ein Teil davon können jedoch erst mit Ablauf von mehreren Monaten geprüft und entschieden werden – ohne Rückwirkung. Dadurch entsteht eine signifikante zeitliche Lücke, die voraussichtlich zu einer massiven Verdrängung auch offensichtlich förderfähigen Projekten und Kulturschaffenden vom Gelände führt. Zudem sind einige Förderlösungen tatbestandlich unzureichend. Die von der Verwaltung ins Spiel gebrachte Atelierförderung z.B. greift zu kurz, da sie große Teile der kreativen Akteurslandschaft als nicht förderfähig ausschließt.

Damit wären die Betroffenen gezwungen, über Monate hinweg auf eigenes Risiko zu den erhöhten Mieten die neuen Mietverträge zu unterschreiben und in jedem Fall bis zur Entscheidung über etwaige Förderungen selbst für die teilweise drastischen Erhöhungen aufkommen zu müssen – eine Situation, die gerade jene Akteure ausschließt, die am dringendsten auf Förderung angewiesen sind.

*Hinzu kommt, dass eine geplante Verlagerung auf die derzeit im Raum stehenden Fördermöglichkeiten den seit Jahren von Stadtrat und Bezirksausschüssen unterstützten Prozess der Partizipation, Mitbestimmung und Teilautonomie der Akteur*innen im Kreativlabor beendet. Damit gingen nicht nur gewachsene Strukturen, sondern auch erhebliches ehrenamtliches Engagement verloren.*

Bereits bei der Konzeption des Kreativquartiers hat der Stadtrat ausdrücklich beschlossen, Kunst, Kultur, Wohnen, Soziales und Wissenschaft in einem sozialen und wirtschaftlich tragfähigen Verbund zu sichern. Hierzu wurden auch eigene Budgets eingerichtet, um Mietsteigerungen abzufedern. Um die kulturelle Vielfalt, die künstlerische, kulturelle, soziale, soziokulturelle Mischung und die in München einmalige Laborstruktur zu bewahren, ist jetzt ein schnelles und sozial ausgewogenes Handeln der Stadt notwendig. Ziel muss sein, das Labor und die Häuser als lebendigen, interdisziplinären, bezahlbaren Kulturstandort zu erhalten – mit bezahlbaren Mieten, gesicherter Teilautonomie und Perspektiven für Kunst, Kultur, Bildung und Soziales.

Frau Scheunemann informiert den BA, dass der Antrag auch an BA 3 und BA 4 weitergeleitet wurde.

Zustimmung, einstimmig

7.3 Anhörungen

7.4 Antwortschreiben

7.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

7.6 Verschiedenes

1. Berichte Veranstaltungen

- *Durga Puja Fest des Matri Mandir Kulturverein*
- *Namenslesung zum 9. Nov: Nachricht und Dank mit Fotos an Fr. Dr. Knobloch*
- *Vortrag Franz Schröter/Geschichtswerkstatt hierzu*
- *Neuhauser Musiknacht*
- *Iranischer Filmabend im Rahmen des Interkult Festivals*

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA

Hinweis auf 7.2.1., Bericht über Situation im Labor und Stellungnahme Bezirksausschuss

3. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"

**WV
12/
2025**

4. Besuch Leonrodhaus, zu aktueller Lage Mieterhöhungen Leonrodhaus, Kreativlabor

siehe TOP 7.2.1

5. Führung für den BA über das Winter-Tollwood: Terminabstimmung, 08.12.2025 um 13:00 Uhr oder 09.12.2025 um 17:00 Uhr.

Mehrheit für 09. Dezember, 17:00 Uhr. Fr. Scheunemann bittet bei Paralleleinladung vom Märchenbazar um Terminverschiebung.

6. Pressespiegel zu den Stadtteilkulturwochen 2025

K

Kenntnisnahme

8. Unterausschuss für Bildung, Sport und Gesundheit

8.1 Entscheidungsfälle

8.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. FDP-Fraktion: Antrag - Münchens Olympia Bewerbung – Neuhausen-Nymphenburg freut sich auf die Spiele

WV

12/

2025 *Einige Mitglieder wünschen sich eine Überarbeitung, da mittlerweile die Ergebnisse der Abstimmung vorliegen:*

Überschrift sinngemäß: Neuhausen Nymphenburg sagt ja

Der erste Satz soll ggf. gestrichen werden und ersatzlos entfallen?

Den zweiten Satz ändern: Der BA nimmt die Bewerbung zum Anlass....

Weitere Änderungen sind zu besprechen.

GO-Antrag auf Vertagung: Mehrheitlich zugestimmt

Herr Meyer betont, dass eine Vertagung im Dezember eine gute Lösung sein könnte. Er hebt hervor, dass eine konstruktive Zusammenarbeit im BA wieder vorhanden sein sollte, insbesondere nachdem in der letzten Sitzung des Unterausschusses wohl viel diskutiert wurde.

Zustimmung, einstimmig

2. SPD-Fraktion: Antrag - Basketballkörbe für Kinder und Jugendliche

WV/

12/

2025 *Es werden Bedenken geäußert: Die Kinderkörbe sollen nicht an Erwachsenen-Körben angebracht werden, da sonst beide Gruppen konkurrieren. Wenn Kinderkörbe kommen, dann bitte als eigene Wurfstellen. Es folgt die Bitte um Überarbeitung.*

GO-Antrag auf Vertagung: einstimmig

Zustimmung, einstimmig

3. Pumptrackanlage in Neuhausen-Nymphenburg

Anfrage an die Stadt, ob dies bei uns im BA-Gebiet möglich ist, wir bitten um Prüfung und Mitteilung. Falls es nicht im BA-Gebiet möglich ist, dann bitte aufzeigen, wo im Stadtgebiet weitere Anlagen gebaut werden können.

Zustimmung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4. Streichung der Stellen der beiden Lehrkräfte für die Schule im Waisenhaus?!

Bei diesem TOP waren Gäste anwesend.

Bericht der Gäste:

Es gibt unüberwindbare Probleme mit der Schule für Kranke. Die Schule soll nicht mehr weiterbestehen.

Die Schule gibt es in der bestehenden Form seit ca. 20 Jahren, die Kinder sind lediglich „in Obhut“ (nicht angemeldet wie in Sprengelschule), offiziell gibt es für dieses Schulmodell keine Betriebserlaubnis, unter anderem, weil die Anbindung an eine Kinder- oder Jugendpsychiatrie fehlt. Die sog. Schutzstellenkinder konnten nicht in der Sprengelschule angemeldet werden, es gibt auch keine Zusagen hierzu. Insgesamt umfasst die Klasse 9 Kinder.

Als Übergang bis zu einer finalen Lösung wäre interimswise denkbar: Da die Zahl der Lehrkräfte halbiert wird, wären noch 90 Minuten Unterricht im Einzelsetting pro Woche möglich. Nachteil: es entstehen schulische Lücken.

Frau Wirts liest Schreiben dazu inklusive der seit gestern vorliegender Antwort vor. (Die beiden Schreiben werden im RIS abgelegt).

Frau Wirts erstellt gemeinsam mit dem Waisenhaus ein Antwortschreiben. Mit extra Erwähnung, dass der BA dies mitfordert und unterstützt oder ev. das bestehende Anstellungsverhältnis der Lehrkräfte nochmal verlängert wird.

Zusätzlich wollen wir uns als BA nochmal an die Stadt bzw. unsere Sprengelschulen im BA-Gebiet wenden. Die Vorsitzende formuliert ein Schreiben, ob sich mit gegenseitiger Unterstützung ev. noch eine andere Lösung finden lässt.

Parallel soll die Presse informiert werden.

Zustimmung einstimmig

Textvorschläge

1. Anschreiben an die LH München

Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass das seit 2007 gut funktionierende Angebot der Schule für Kranke im Waisenhaus gekürzt und Ende dieses Schuljahres ganz eingestellt werden soll. Wir haben der Regierung von Oberbayern unsere Kritik an diesem Vorgehen bereits mitgeteilt und darauf hingewiesen, dass auch für in Obhut genommene Kinder die Schulpflicht genauso gilt wie für andere Kinder. Durch den Wegfall des Unterrichts der Schule für Kranke im Waisenhaus gibt es zukünftig kein Modell mehr, das diesen Kindern Unterricht ermöglicht, obwohl es für Kinder mit ähnlichen Voraussetzungen Unterrichtsmodelle gibt. Der BA 09 bittet die LH München um Unterstützung bei der Suche nach einem Alternativ-Modell, damit die schulische Versorgung der Kinder über dieses Schuljahr hinaus sichergestellt werden kann, damit diese Kinder in vulnerabelsten Lebenssituationen beschult werden können! Aktuell sind die Anfragen auf Gastbeschulung von den zuständigen Sprengelschulen leider nicht befürwortet worden, so dass die Kinder aktuell gar nicht beschult werden können.*

2. Anschreiben an die Schulen (MS Winthir-Platz, Dom-Pedro-GS)

*Sehr geehrte Schulleitung,
die Regierung von Oberbayern hat entschieden, das bisherige Angebot der Schule für Kranke am Münchner Waisenhaus nicht fortzuführen, so dass aktuell die Kinder, die in Obhut genommen werden, nicht mehr vor Ort beschult werden können. Das Waisenhaus hat daher mehrere Gastschulanträge für die Kinder gestellt, die in den Sprengelschulen gut beschult werden könnten. Dies sind nicht die Kinder, die massive psychiatrische Prob-*

leme haben, diese werden aktuell weiterhin von der Schule für Kranke betreut. Bitte helfen Sie schnell und unbürokratisch den Kindern im Waisenhaus, die am Unterricht der Sprengelschulen teilnehmen können, indem Sie die Aufnahme in die Schulen ermöglichen, um den Kindern ein geordnetes Leben und den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

3. Anschreiben an das Bayerische StMuK

Sehr geehrte ...,

vielen Dank für Ihre Antwort. Können Sie bitte mein Antwortschreiben auch an die Regierung von Oberbayern weiterleiten, da ich keine Kontaktadresse habe. Selbst wenn es rechtlich korrekt ist, das Angebot der Schule für Kranke am Münchner Waisenhaus nicht fortzuführen, was ohne Ersatzangebot m.E. fraglich ist (vgl. Endnote), ist es menschlich ein Desaster, ein so gut funktionierendes Angebot für diese vulnerable Gruppe einzustellen. Forschung zu Lebensläufen dieser belasteten Kinder-Klientel zeigen deutlich, dass solche Angebote viel mehr gebraucht würden, um Biografien von Schulverweigerung zu durchbrechen und die Kinder nicht als "Drehtürkinder" (die immer nur erfahren, dass sie nirgends gewollt sind) zu verlieren, bis sie als "Systemsprenger" in noch teureren Sondermaßnahmen versorgt werden müssen. Ich verweise dazu auch auf den Fachtag des bayerischen Landesjugendamtes am 9. Juli 2025 zu diesem immer dringender werdenden Problem, bei dem mehrfach thematisiert wurde, dass Angebote "von der Stange" bei dieser Gruppe von Kindern nicht helfen und kreative Konzepte, wie das im Münchner Waisenhaus, als Lösungsmöglichkeit aufgezeigt wurden.

Nach Rücksprache mit dem Waisenhaus muss ich Ihnen im Übrigen leider Folgendes mitteilen: Die Kinder, die keine massiven psychiatrischen Auffälligkeiten zeigen und in den Sprengelschulen beschult werden könnten, wie Ihrer Antwort zu entnehmen ist, erhalten aktuell keine Beschulung, da die beiden zuständigen Sprengelschulen keine der Anfragen zur Beschulung bisher befürwortet haben. Mit der Einstellung des Angebotes zum nächsten Schuljahr würde damit nicht nur den psychiatrisch auffälligen Kindern, die diesen Schutzraum dringend benötigen, die Möglichkeit zum geschützten Schulbesuch genommen, sondern allen Kindern, die in Obhut genommen wurden, der Schulbesuch verwehrt. Rechtlich mag das korrekt sein, aber für die Kinder ist es eine Katastrophe, die die Regierung von Oberbayern zu verantworten hat. Ich fordere Sie daher - auch im Namen des Bezirksausschusses 09 - auf, für die Kinder des Münchner Waisenhauses eine zukunftsfähige Lösung zu finden und die schulische Versorgung über die Schule für Kranke, oder alternative dauerhaft verfügbare sonderpädagogische Angebote vor Ort sicherzustellen.

Dr. Claudia Wirts

Frau Dr. Leuchtweis informiert, dass es eine Unterrichtung von Kindern im Waisenhaus gibt. Sie erwähnt, dass Frau Dr. Wirts das Thema aufgegriffen und bereits Kontakt mit den zuständigen Behörden aufgenommen hat.

Frau Dr. Wirts berichtet, dass die Schule für kranke Kinder zwei Lehrkräfte ans Waisenhaus abgeordnet hat. Sie weist darauf hin, dass seitens der Regierung von Oberbayern eine weitere Betreuung durch die Lehrkräfte abgelehnt wurde. Sie beschreibt die Situation als dramatisch, da den Kindern die Lehrer weggenommen werden. Momentan gibt es eine Übergangslösung, bei der eine Lehrerin bis Ende des Schuljahres noch zur Verfügung steht. Danach wird es jedoch für die Kinder schwierig, ihrer Schulpflicht nachzukommen. Frau Dr. Wirts betont, dass sie sich für die Belange der Kinder einsetzen wird, um sicherzustellen, dass sie die notwendige Unterstützung und Bildung erhalten.

Herr Schwirz verweist auf die drei Schreiben in der Tischvorlage. Er hält es für sinnvoll, die Signatur im letzten Schreiben abzuändern.

Frau Dr. Wirts nimmt diese Anmerkung zur Kenntnis und erläutert, dass ihre Funktion als Beauftragte im BA ergänzt wird

Zustimmung, einstimmig

5. Unterstützung für das Projekt „Mädchen an den Ball“ – unerwartete Kündigung der Trainingszeiten durch FT Gern

Auch zu diesem TOP war ein Gast anwesend.

Vortrag Gast:

Der Platz wurde vor ca. 5 Jahren für „Mädchen an den Ball“ angemietet, 25 – 30 Mädchen sind im Schnitt da, im Winter weniger, etwa 16 Mädchen.

Anfang Oktober 2025: es wurde in 2 Schritten gekündigt, aktuell ist die Fläche zu reduzieren und zum 31.01.26 erfolgte die komplette Kündigung.

Der Gast bedauert, dass keine persönlichen Gespräche stattfanden, sondern schlichtweg schriftlich per Einschreiben gekündigt wurde.

Es wird schwierig Ersatzflächen zu finden, es ginge ev. im Hirschgarten im Sommer.

Die gesamte Thematik wurde eingehend diskutiert und seitens BA vorgeschlagen, ob es zur Findung neuer Flächen vielleicht eine Lösung sein kann, dass man im Zuge der Schulhoföffnung am Nachmittag die Sportplätze der Schulen nutzen könnte.

Die Vorsitzende stellt eine entsprechende Anfrage an das RBS und würde dies empfehlen für die beiden Schulen Käthe-Kollwitz- und Adolf-Weber-Gymnasium.

Der Gast hatte dies bereits in der Bürgerversammlung vor einem Jahr beantragt, dieser wurde jedoch ca. 6 Monate später abgelehnt. Frau Wirts ist jedoch informiert, dass sich die Thematik mit der Zugangsschließung geändert hat und dieses Problem nun gelöst sei, so dass ein erneuter Versuch durchaus nochmal unternommen werden sollte. Dies wird der BA nun durchführen.

Zustimmung einstimmig

Textvorschlag

Der BA 09 fragt bei der LH München nach, wie der aktuelle Stand ist in Bezug auf die geplanten Schulhoföffnungen im BA-Gebiet, damit die Öffentlichkeit diese Areale vor allem als Spiel- und Sportflächen nutzen kann. Bevorzugt bitten wir um Antwort zum Adolf-Weber-Gymnasium und dem Käthe-Kollwitz-Gymnasium. Auch fragen wir, wie Vereine sich um diese Flächen bewerben können.

Bei einer möglichen Vergabe bitten wir dabei im Besonderen um Berücksichtigung des Projektes "Mädchen an den Ball", mit dem der Bezirksausschuss sehr gute Erfahrungen gemacht und es jahrelang unterstützt hat.

Frau Dr. Leuchtweis äußert, dass alle im Bezirksausschuss das Projekt großartig finden und dass es seit Jahren unterstützt wird. Sie schlägt einen Vorschlag bezüglich der Schulhoföffnung vor. Bezüglich der privatrechtlichen Verträge stellt sie fest, dass der Bezirksausschuss keine Handhabe hat, um diese zu ändern oder zu beeinflussen. Dennoch lobt sie das Projekt und bekräftigt die Unterstützung des BA für die weiteren Schritte.

Herr Schwirz äußert, dass er die Idee als eine großartige Sache betrachtet, jedoch darauf hinweist, dass der FT Gern keine Kapazitäten hat, was akzeptiert werden muss. Er sieht den Vorschlag, die Schulhoföffnung zu prüfen, als gut an und betont die Notwendigkeit, mögliche Lösungen zu finden.

Frau Mühlhäuser äußert die Unterstützung für das Projekt und bedauert, dass es nun gekündigt wurde. Sie weist darauf hin, dass es keine Bezirkssportanlage im Stadtbezirk gibt. Sie betont die Wichtigkeit, als Bezirksausschuss eine Stellungnahme abzugeben und fragt, ob nicht für zwei Stunden Platz geschaffen werden kann. Frau Mühlhäuser bietet an, einen entsprechenden Text zu verfassen und diesen im Umlauf zu versenden.

Herr Meyer findet es gut, dass das Thema angesprochen wird, weist jedoch ebenfalls darauf hin, dass es keine Bezirkssportanlage im Stadtbezirk gibt. Er schlägt vor, alle Vereine anzuschreiben, was er als positive Maßnahme erachtet. Herr Meyer merkt an, dass das Thema bereits im Unterausschuss thematisiert wurde und es bestimmt einen Verein gibt, der sich der Sache annimmt. Er betont jedoch, dass es schwierig wäre, dem FT Gern die Schuld zuzuschreiben, wenn keine Kapazitäten vorhanden sind.

Frau Mühlhäuser wird einen Textvorschlag verfassen und nach Zustimmung der anderen Mitglieder*innen an die Vereine versenden.

Zustimmung, einstimmig

8.3 Anhörungen

1. Entwurf der Beschlussvorlage
Bildungsbauoffensive – Maßnahmenbeschluss 2025;
Ergebnisse gemäß Auftrag aus dem Beschluss zum Interfraktionellen Arbeitskreis Schul- und Kitabau und
zur investiven Konsolidierung im Bildungsbau
- Stellungnahmeersuchen des RBS –

Der Beschlussvorlage wird zugestimmt. Zustimmung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

8.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Vorstellung einer Vision zur Revitalisierung einer Sportfläche nahe der Donnersbergerbrücke"
- Antwortschreiben des RBS
- Bezug: TOP 8.2.4 aus 09/2025 –

Zur Kenntnis und Weiterleitung an den Bürger.

Zustimmung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

8.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. "kitabarometer"
K Elternbefragung zum Bedarf an Kindertagesbetreuung in München

"ganztagsbarometer"

Elternbefragung zum Bedarf an Ganztagsbetreuung in München

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17611

Kenntnisnahme

8.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

Die Regierung von OBB will ein gut funktionierendes Angebot in Neuhausen-Nymphenburg auflösen, dass Kinder in Notsituationen unterstützt und deren Beschulung ermöglicht. Seit 2007 haben zwei Lehrkräfte der "Schule für Kranke" Kindern in extremen Lebenssituationen nach der Inobhutnahme im Münchner Waisenhaus geholfen, wieder zurück ins Leben zu finden, indem sie in kleinen Gruppen individuelle Förderung erhielten. Eine Chance für Kinder, die sonst durchs Raster fallen und tw. als "unbeschulbar" gelten, Schule nicht mehr als Überforderung zu erleben und wieder zu merken, dass Sie etwas können. Diesen Kindern in vulnerabelster Lebenssituation wurde nun die sonderpädagogische Unterstützung gekürzt und ab nächstem Schuljahr soll das Angebot ganz eingestellt werden. Die Begründung seitens Regierung und Kultusministerium ist rein formal, da die gesetzlich notwendigen Voraussetzungen einer Klasse für "Schule für Kranke" nicht erfüllt seien. Manchmal ist "die formal korrekte Lösung" aber für die Schwächsten in unserer

Gesellschaft nicht ausreichend, der BA09 fordert die Regierung von OBB daher auf, die zweite Lehrkraft wieder einzusetzen oder zumindest das noch bestehende Minimalangebot einer sonderpädagogischen Lehrkraft über das Schuljahr hinaus zu unterstützen. Wir brauchen kreative Lösungen für diese Kinder in Not, keine bürokratischen Hürden!

2. Aufruf zum Förderprogramm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt - Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln"
3. Demokratiemobil in Neuhausen-Nymphenburg (ca. 1.200 Euro) – Standort, Datum, Verantwortlichkeit

Das Demokratiemobil wird für Februar 2026 angefragt, Standort vor dem Trafo. Frau Schlumberger schreibt an die entsprechende Behörde und stimmt dies ab.

Zustimmung einstimmig

Textvorschlag:

Sehr geehrte...,

wir haben beschlossen, dass wir sehr den Einsatz des Demokratie-Mobils im Kommunalwahlkampf in unserem Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg wünschen, an einem Tag im Februar 2026 vor unserem Kulturzentrum TRAFO, Nymphenburger Straße 171.

Wir bitten Sie, uns so bald wie möglich einen Terminvorschlag für den Einsatz zu machen und uns dann die entsprechenden Kosten in Rechnung zu stellen.

Im Voraus vielen Dank!

Zustimmung, einstimmig

9. Anhörungen, Unterrichtungen, Schriftwechsel und Informationen

9.1 Entscheidungsfälle

9.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. BA9: Antrag - Ein Community-Kalender für den BA9 mit LAUTI

Herr Züchner erwähnt, dass die Idee des Kalenders bereits älter ist und dass die E-Mails, die der BA erhält, mit der Zeit verloren gehen. Er hebt die Problematik des Datenschutzes hervor, der dabei eine wichtige Rolle spielt. Er findet das Projekt sehr interessant, da der BA die Kontrolle darüber selbst haben kann. Herr Züchner äußert die Hoffnung, dass das Vorhaben möglicherweise bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden kann.

Zustimmung, einstimmig

9.3 Anhörungen

1. Anhörung Kommunalwahl 2026 - Einteilung der Stimmbezirke und Wahlräume im Stadtbezirk 9
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 24.11.2025 –

Zustimmung, einstimmig

9.4 Antwortschreiben

9.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Anhörung Öffentlich-Rechtliche Sondernutzungserlaubnis nach Art. 18 BayStrWG für Märkte sowie Festsetzung einer Veranstaltung gem. § 69 GewO
Hier: Weihnachtsmarkt Rotkreuzplatz Nordseite- Münchner Weißbiergarten Betriebs GmbH. vom 24.11.2025 - 23.12.2025 (Aufbau ab 13.11.2025, Abbau bis 24.12.2025)
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 07.11.2025; Vorabstellungnahme der BA-Vorsitzenden –
Zustimmung, einstimmig

9.6 Verschiedenes

1. Rückmeldungen zur Neuaufrstellung von BA-Schaukästen
WV -Bezug: TOP 9.2.1.1 - 9.2.1.8 aus 06/2025
12/
2025 Aufgrund der jüngsten E-Mails, welche bei der Geschäftsstelle kurz vor Sitzungsbeginn eingingen, plädiert Frau Lobinger auf Vertagung des TOPs auf Dezember.
Zustimmung, einstimmig

10. Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzungstermine und -orte der Unterausschüsse:

Umwelt	Montag, 10.11.2025, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Verkehr	Dienstag, 11.11.2025, 19:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bau	Mittwoch, 12.11.2025, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Kultur	Mittwoch, 12.11.2025, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Soziales	Donnerstag, 13.11.2025, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bildung	Donnerstag, 13.11.2025, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a

Sitzungsende: 21:49 Uhr

Leonie, Lobinger
Vorsitzende

Protokoll
D-II-BA